



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2025/1

Christian Lammert/Boris Vormann: Das Versprechen der Gleichheit. Legitimation und Grenzen der Demokratie.

Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2022, 254 S., ISBN 978-3-593-51447-5

Keine Demokratie ohne Gleichheit. Oder etwas weniger griffig: Die liberale Demokratie feierte ihren Durchbruch, als es ihr gelang, ein Versprechen von Gleichheit einzulösen oder zumindest die Hoffnung auf gleiche Chancen in Aussicht zu stellen. So lautet die auf den ersten Blick etwas ungewöhnliche These der Politologen Christian Lammert (Freie Universität Berlin) und Boris Vormann (Bard College Berlin) in ihrer Monografie „Das Versprechen der Gleichheit“. Nun sind Demokratie und Gleichheit nicht das erste politische Begriffstandem, das dem politisch informierten Beobachter bei der Genese und Metamorphose von moderner Demokratie in den Sinn kommt.

Bevor nun der geneigte Leser dieser Rezension einen Bogen um die Lektüre eines lehrreichen Kompendiums macht, sollte er dem innovativen Zugriff auf Legitimation und die Grenzen der Demokratie eine Chance geben. Denn die politiktheoretische und -geschichtliche Neugier entzündet sich erstens an der gegen den Strich gebürsteten Prämisse des Autorenduos.

Lammert/Vormann gehen davon aus, dass das zentrale Versprechen der Moderne Gleichheit heißt. Dabei fragen sie nach dem Preis auf dem Weg zur Gleichheit und ihrer Degeneration. Zu diesem Zweck werfen die Autoren einen kritischen Blick auf die älteste – und bis vor Kurzem als stabilst gewählte – Demokratie der Welt: die USA. Die Wahl dieser Einzelfallstudie stellt ein zweites Kuriosum dar, gelten die Vereinigten Staaten mit ihrer präsidentiellen Konfiguration von Demokratie und strikten Gewaltentrennung doch fast als singulärer Fall in den Demokratietheorien. Der Blickwinkel auf die Demokratie der USA und ihrer Legitimationsgrundlagen und -krisen erschließt sich aber, da „die soziale und ökonomische Rolle des Nationalstaats vor dem Hintergrund des Trumpismus auch jenseits der USA wieder in den Vordergrund gesellschaftlicher Debatten geraten ist“ (S. 11).

Die Legitimitätskrisen der Gegenwart ließen sich nur mit einem besseren Verständnis der Legitimationsmechanismen des nach innen wirkenden Sozial- und Interventionsstaats und des nach außen vermittelnden, militärisch eingreifenden und Handel ermöglichenden Extraktionsstaats begreifen. Um ihr Argument zu entfalten, bedienen Lammert/Vormann sich dreier Konzepte in einem Beutezug durch die politische Ideengeschichte. Im Zuge von Aufklärung und Naturrecht verhalf zunächst die Idee der Gleichheit der Nationenbildung und damit (nationalstaatlicher) Identität zum Durchbruch. Mit Rekurs auf die kontraktualistische und konstitutionalistische Tradition der Politiktheorie identifizieren sie die



Schaffung von Institutionen als zweiten Faktor, um ein Versprechen der Gleichheit (materiell) überhaupt leisten zu können. Als dritte Quelle von Legitimität betrachten die Autoren Indifferenz, eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber Politik, für die Demokratie mithilfe von Umverteilung und Arbitrage systemimmanent Sorge. Im Rückgriff auf Output-Legitimation beschreiben sie Demokratie als das System, das „spezifische ökonomische Ressourcen und Güter [erzeugt], von denen die Bevölkerung profitieren und die ihnen eventuell auch erst die Möglichkeiten zur politischen Partizipation bieten“ (S. 51).

In einem dreiteiligen Ritt durch die amerikanische Wirtschafts- und Sozialgeschichte der zurückliegenden gut zweieinhalb Jahrhunderte (Frontierkonstellation, fordistische Konstellation, globale Konstellation) rekonstruieren Lammert/Vormann kenntnisreich und akribisch, dass die jungen USA ein Paradebeispiel des Extraktionsstaats gewesen und mit Ausweitung demokratischer Rechte die Mechanismen der internen Arbitrage zunehmend unter Rechtfertigungsdruck geraten seien. Mit dem Abolitionismus im 20. Jahrhundert sei die externe Arbitrage nur bedingt möglich gewesen, sodass sich zunehmend das Profil eines US-amerikanischen Sozialstaats nach eigenen Entwicklungslogiken ausgeformt habe. Die in der Nachkriegszeit bis in die 1970er Jahre dominante Umverteilungspolitik habe mit der Erschöpfung des keynesianischen Paradigmas vor dem Hintergrund exogener Schocks in Form von Ölpreiskrisen geendet. Die darauffolgende Neuskalierung extraktiver Praktiken auf globaler Ebene scheine mit den Krisen der letzten Jahre an ihre Grenzen gestoßen zu sein.

Soweit die empirische Analyse die historischen Ereignisse und Erscheinungen in geordnete narrative Bahnen lenkt, so fehlt jedoch eine politiktheoretische Perspektivierung. Das mag vielleicht nicht Ansinnen des beeindruckenden Kompendiums sein. Wenn man sich aber anschickt, Erkenntnisse über „Legitimation und die Grenzen der Demokratie“ hervorzubringen, dann kann man dem Drang nach Abstraktion (bswp. S. 210) nur nachgehen, wenn die Begriffe klar sortiert sind. Zwar betonen die Autoren bereits im Vorwort, dass „ein Blick in die politische Philosophie und Theorie [...] an mehreren Stellen im Text heilsam“ (S. 11) scheine, doch vernachlässigen sie damit das Deutungspotenzial, das die politische Theorie bereithält. Gerade im Kontext der Herausbildung der USA als „neuer Staatlichkeit“ mit einem spezifischen Souveränitätsbegriff ist es notwendig, bspw. zwischen Republik und Demokratie zu entscheiden, um den politischen Geist jenseits des Atlantiks verstehen zu können. Etwas unvermittelt erscheinen Aussagen wie „Freiheit wurde in erster Linie als Freiheit vor dem Staat verstanden und das war natürlich ganz im Interesse der weißen besitzenden Oberschicht“ (S. 113).

Schon in den Federalist Papers (1788) haben Hamilton/Madison/Jay herausgearbeitet, dass die liberale Repräsentativdemokratie der USA als historischer Kompromiss zwischen Demokratie und Repräsentation/Gewaltenteilung und als Gegenmodell zur partizipativen Direktdemokratie Rousseaus zu verstehen ist. Dafür setzten sie u. a. auf einen Minderheitenschutz, dem Lammert/Vormann in ihrer Analyse der Demokratiewerdung kaum Aufmerksamkeit schenken. Stattdessen betonen die Autoren das Gleichheitsnarrativ, ohne klarzustellen, was sie unter diesem Begriff verstehen und wozu es gut sein soll. Im Laufe der Lektüre wird der Leser gewahr, dass sie Gleichheit im Sinne von sozioökonomischen Partizipationsmöglichkeiten (Rechte, Ressourcen, Zugänge etc.) definieren. Ziemlich drastisch und einseitig spannen sie „die“ Demokratie vor den Karren „der“ Gleichheit: „Politik läuft Gefahr, zirkulär zu werden, da sie ökonomische Ungleichheiten weiter verstärkt – und somit wiederum auch den ungleichen Einfluss auf die Politik. Die Korrekturmechanismen einer Demokratie – Wahlen – werden unter diesen Voraussetzungen außer Kraft gesetzt“ (S. 206). Die implizite These lautet, dass es ein gewisses Maß an sozioökonomischer Homogenität braucht für ein Vertrauen in die etablierten politischen Entscheidungssysteme. Das 20. Jahrhundert hält einige Beispiele bereit, die – wohlgerne unter nicht-demokratischen Bedingungen – den Zusammenhang nicht bestätigen. Und so fragt man sich letztlich, wie stark der Zusammenhang zwischen (Un-)Gleichheit und Demokratie zur Legitimierung des politischen Systems wirklich sein darf, um den Sinn von Demokratie, nämlich die Verwirklichung individueller Rechte und politischer Partizipation – kurz: Freiheit – zu erhalten. Oder anders gefragt: Gibt es nicht

weitere Wege als nur Gleichheit, um Vertrauen in die Demokratie zu stiften und zu stärken? Und wie verhalten sich diese Güter zueinander? Statt hierauf Antworten zu versuchen, verstricken sich die Autoren im letzten Kapitel „Gleichheit neu denken“ (S. 213 ff.) in Widersprüche, die den politischen Zeitgeist in westlichen Gesellschaften nicht kritisch reflektieren. So sei die „progressive Identitätspolitik [...] ein erster Schritt in die richtige Richtung“ (S. 229). Legitimation könne auch durch eine „radikale Herabskalierung politischer Ökonomien“ neu entstehen, indem diese „Vorteile für Umwelt und Arbeitsmärkte, auch für bürgerliche Partizipation“ bringe (S. 233). Wenn wir den Universalismus der naturrechtlich begründbaren Rechte aufgeben und uns die Freiheit zur offenen gesellschaftlichen Entwicklung einschränken wollten, dann stellt sich die Frage, was von Demokratie noch übrigbliebe.

Dresden

Sebastian Wörfel



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net